

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 13 (1933-1934)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Zur Taktik der Arbeiterbewegung  
**Autor:** Grimm, Robert  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-331788>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 06.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

13. JAHRGANG -- NOVEMBER 1933 -- HEFT 3

## Zur Taktik der Arbeiterbewegung

Von Robert Grimm.

Nach dem beispiellos katastrophalen Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist in weiten Genossenkreisen das Bedürfnis nach einer Ueberprüfung der Taktik unserer Partei entstanden. Dieses Bedürfnis ist berechtigt und erfreulich. Berechtigt, weil aus ihm die große Sorge um die Zukunftsentwicklung der Arbeiterbewegung spricht, erfreulich, weil es Ausdruck geistiger Regsamkeit ist.

Die Problemstellung der Parteitaktik ist heute bedingt durch das Aufkommen der faschistischen Bewegungen im Ausland und durch die Frage, wie man sich in der Schweiz der Fronten erwehren könne. Um diese Frage dreht sich in der Partei die Diskussion. Dabei sind die gewonnenen Erkenntnisse und die gezogenen Schlüsse verschieden, teilweise einander wohl auch entgegengesetzt. Das ist kein Wunder, denn die Lösung taktischer Probleme hängt nicht zuletzt zusammen mit der grundsätzlichen Einstellung und der von persönlichen Auffassungen beherrschten Beurteilung der politischen Gegenwartsverhältnisse. So gibt es an der Ostmark des Landes eine kleine Strömung, die glaubt, die Gefahr des Faschismus durch eine Anbiederung bei den politischen Parteien des Bürgertums bannen zu können, während man anderwärts versucht ist, an der weitem Anwendung der bisherigen Kampfmittel zu zweifeln und zu neuen Formen des politischen Kampfes zu greifen. Diesen beiden Extremen entspricht nach der einen Seite die nahezu hysterische Ueberbetonung der Demokratie, nach der andern Seite der Ruf nach revolutionären Aktionen.

Natürlich kann es sich nicht darum handeln, diesen Widerspruch dadurch aufzuheben, daß man gewaltsam eine Mittellösung herbeizuführen sucht. Das taktische Problem muß seine Beantwortung auf Grund der Tatsachen finden.

Wie aber sind die Tatsachen?

Die Fronten bestehen. Sie haben sich seit dem Frühjahr, da der erste Auftrieb begann, noch um einige vermehrt. In den Wahlkämpfen von Schaffhausen und Zürich sind sie auch politisch gestartet und haben für den ersten Anfang nicht eben schlecht abgeschnitten. Inzwischen

sind bei einem Teil der Fronten auch die faschistischen Tendenzen prononcierter geworden. Die Verbindungen mit Italien und Deutschland werden nicht mehr geleugnet, vielleicht wird eines Tages auch noch das Geheimnis um die Geldquellen gelüftet.

In den Zielen der Fronten bestand nach der negativen Seite hin von Anfang an keine Unklarheit. Sie wenden sich offen gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und hausieren mit dem Doppelschlagwort: gegen den Klassenkampf, gegen den Marxismus!

In diesem Punkte treffen sie sich mit den bürgerlichen Parteien, deren Schlagworte sie neu aufpolieren. Anders aber steht es mit dem Verhältnis zum Staat und mit der Erneuerung der Schweiz. Hier herrscht geistig ein buntes Durcheinander, ein wahres Wirrsal der Ideologie, ohne irgendeinen konstruktiven Gedanken, ohne ein positives, klar entwickeltes Ziel. Hier besteht darum auch keine Uebereinstimmung mit den bürgerlichen Parteien, sofern die einzelne Front nicht etwa von vornherein als Schrittmacher der Politik der alten bürgerlichen Parteien gedacht ist. Denn der Staat, den die Fronten angreifen, ist der von den bürgerlichen Parteien beherrschte Staat, die Wirtschaft, die sie kritisieren, die von der bürgerlichen Wirtschaftspolitik beeinflusste Oekonomie. Greifen sie den heutigen Staat und die heutige Wirtschaft an, so richtet sich der Angriff notwendig gegen die bürgerlichen Parteien.

Will man die Gefahrenmomente beurteilen, die sich für die Arbeiterbewegung von der Frontenseite her ergeben können, so darf man an diesen Tatsachen nicht vorbeigehen. An und für sich bilden die Fronten *zur Zeit* für die Arbeiterbewegung keine Gefahr; eine Bedrohung werden sie erst durch die Verbindung mit den bürgerlichen Parteien, durch die geistige und politische Einheitsfront, die sie mit diesen Parteien gegen die Arbeiterbewegung bilden. Dieser Bedrohung wirken indes die auseinandergelassenen Tendenzen in den positiven Zielen dieser Einheitsfront entgegen. Soviel haben die bürgerlichen Parteien bereits gemerkt, daß zwar die Fronten gewillt und bestrebt sind, gemeinsam mit ihnen die Arbeiterbewegung zurückzuwerfen und womöglich zu vernichten, daß aber nachher der Kampf keineswegs zu Ende wäre und es alsdann auch den bürgerlichen Parteien an den Kragen ginge.

Das ist die heutige Lage. Sie wird verändert mit der weiteren Verschärfung der Wirtschaftskrise. Einerseits werden die Fronten aus der allgemeinen Unzufriedenheit ihren politischen Vorteil ziehen, andererseits werden die bürgerlichen Parteien den Kampf gegen die Arbeiterbewegung verschärfen, um gegenüber den Fronten die Angriffsfläche zu verringern. Dadurch wird die Bedrohung ernster, und im Blick auf *diese* Situation hat unsere Partei zu prüfen, wie sie ihre taktischen Linien ziehen will.

Der Kampf der Fronten und der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterbewegung wird in der Schweiz so lange erfolglos sein, solange die Volksrechte bestehen, solange sich die Arbeiter dieser Rechte bedienen. Darum treten die Fronten offen für die Einschränkung oder

Aufhebung der Volksrechte ein. Die bürgerlichen Parteien reden zwar vom Schutz der Demokratie, praktisch aber kommen sie den Fronten durch die Preisgabe wichtiger Volksrechte entgegen. Es genügt, an die Vorgänge im Nationalrat, an die Eskamotierung des Mandates Nicole, an das Finanzprogramm, an den Warenhausbeschluß mit dem ausgeschalteten Referendum zu erinnern.

Aus diesen Tatsachen müßte sich eigentlich die Stellung der Partei zum Problem der Demokratie ohne weiteres ergeben. Hier handelt es sich nicht mehr um theoretische Ueberlegungen, sondern *um praktische Lebensnotwendigkeiten*. Aber wie schon Otto Lang an dieser Stelle klar und eindringlich auseinandergesetzt hat: das Problem der Demokratie wird in weiten Kreisen der Partei in seiner Verwirrung und nicht in seinen Beziehungen zu den tatsächlichen Zuständen betrachtet. Man unterscheidet zuwenig zwischen dem Inhalt und der Anwendung der Demokratie.

Der Inhalt der Demokratie, das sind die Volksrechte: allgemeines und gleiches Wahlrecht, Versammlungs-, Rede- und Preßfreiheit, Koalitionsrecht, Referendum und Initiative, Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter. Durch wen diese Rechte angewendet werden, darüber bestimmt der Inhalt der Demokratie noch nichts. Sie wird bestimmt durch die soziale Struktur der Gesellschaft und durch das Maß von Erkenntnis, das in den verschiedenen Gesellschaftsklassen vorhanden ist.

Daß die Arbeiterklasse an der Erhaltung und Verteidigung dieser Volksrechte ein Lebensinteresse hat, braucht man heute im Blick auf Italien, Deutschland und Oesterreich nicht besonders zu betonen. In dieser Frage gibt es in der Partei keine Meinungsverschiedenheiten. Anders steht es mit der Verteidigung selbst. Es genügt nicht, daß der Wille zur Verteidigung der Volksrechte vorhanden sei, man muß auch wissen, *wie und mit welchen Mitteln* die Verteidigung durchgeführt werden soll. Und hier klaffen die Meinungsdivergenzen.

Eine Richtung glaubt, in der möglichst häufigen Wiederholung des demokratischen Bekenntnisses, im lauten Schwur auf die Verfassung und verfassungsmäßigen Rechte, in der Anlehnung an den sogenannten linken Flügel des Bürgertums, in der Werbung um die Schichten des Mittelstandes und in der positiven Stellungnahme zur Landesverteidigung die sichersten Mittel zur Rettung der Volksrechte zu erblicken. Umgekehrt will die andere Richtung eine Verteidigung geführt wissen durch die Verschärfung der außerparlamentarischen Kampfmittel, durch Solidaritätsaktionen und politische Streiks. Die einen wie die andern beweisen mit ihrer Argumentation nur das eine: daß sie das wirkliche Problem, um das es sich handelt, nicht kennen und bei allem Streben zu Verteidigung der Demokratie übersehen, daß der *Sozialismus* das einzig erfolversprechende Mittel dieser Verteidigung ist.

Ohne mich mit der von beiden Richtungen vorgetragenen Argumentation an dieser Stelle einläßlich zu befassen, will ich mich auf ein paar Feststellungen beschränken.

Die Anpassungs- und Anlehnungsversuche der einen Richtung, die

in der Gründung der »Nation« ihren konkreten Ausdruck gefunden haben, übersehen, daß sich eine Verbindung mit den wenigen noch übriggebliebenen integralen Demokraten des Bürgertums nur nach der negativen Seite hin herstellen läßt. In der positiven Richtung sind die Trennungspunkte durch die Verschiedenheit der Weltanschauung, des gesellschaftlichen und politischen Zieles gegeben. *Die einen wollen den Sozialismus, die andern wollen ihn nicht.* Die Aktionsbasis ist also von vornherein recht schmal. Die Erfolgsmöglichkeit wird schon dadurch in Frage gestellt, daß sich das unmittelbare Ziel nur auf die Erhaltung der Demokratie beschränkt. *Die Demokratie allein aber ist noch keine Sicherung der Arbeiterbewegung,* das Beispiel Deutschlands sagt hier genug. Wer ferner für die Verteidigung der Volksrechte kämpfen will, muß Truppen hinter sich haben. Hinter den paar bürgerlichen Demokraten um die »Nation« aber steht niemand.

Auch das brennende Verlangen nach einem Stellungswechsel in der Frage der Landesverteidigung bringt noch keine Gewähr für die Verteidigung der Demokratie. Dieser Stellungswechsel, der — interessant genug — von nicht wenigen Leuten verlangt wird, die gestern noch überzeugte Pazifisten waren, erfährt seine Begründung durch den Hinweis auf die Horden Hitlers, die eines Tages in die Schweiz einbrechen könnten. Irre ich nicht, so lautete die Argumentation der deutschen Sozialdemokratie ungefähr ebenso, als sie 1914 gegen die Russen in den Krieg zog. Bedingung der Abwehr des von außen einbrechenden Faschismus ist die *Abwehr des Faschismus im eigenen Lande.* Also Kampf gegen die Fronten, Kampf gegen jene bürgerlichen Kreise, die von der Sozialdemokratie das Bekenntnis zur Landesverteidigung fordern, denn die Fronten und diese bürgerlichen Kreise bilden die tatsächliche Gefahr für den Bestand unserer Volksrechte.

Wenn die zweite Richtung als Mittel der Verteidigung der Demokratie Solidaritätsaktionen, politische Streiks und revolutionäre Massenaktionen anspricht, so müßte sie mindestens konkret sagen, *was* sie unter diesen Aktionen versteht. Denn hier handelt es sich um Kämpfe, unter Umständen um blutige Kämpfe. Diese Kämpfe werden durch das Verhältnis der beidseitigen Kampf- und Machtmittel entschieden. Zu diesen Mitteln gehört auch der Kampfwille, der Wille, die zur Verfügung stehenden Kampf- und Machtmittel anzuwenden.

Daß die Verteilung der außerparlamentarischen Kampf- und Machtmittel eine ungleiche ist, wird auch der feurigste Anhänger der außerparlamentarischen Aktionen nicht bestreiten. Und ebenso steht außer Frage der Wille zum Gebrauch dieser Mittel. Genf und Biel dürften des Beweises genug sein. Psychologisch aber ist die Sache so, daß sich der im Besitz aller militärischen Machtmittel befindliche Gegner nicht damit begnügen würde, politische Streiks und revolutionäre Gewaltaktionen niederzuwerfen, er würde heute auch eine ungleich schärfere Reaktion auslösen, als es 1918 der Fall war. Praktisch müßte so der Kampf mit ungleichen Mitteln bei den *heutigen* Kräfteverhältnissen unweigerlich zur *Vernichtung* der Demokratie und der Arbeiterbewegung und nicht zu ihrer Verteidigung führen.

Der Hinweis auf die Selbstbewaffnung der Arbeiterklasse, auf die Bildung von bewaffneten Selbstschutzorganisationen, ist zu einfältig, als daß er ernsthaft zu diskutieren wäre. Was wir heute brauchen, das sind viel weniger Waffen der grobmateriellen Gewalt, in denen uns die Gegner mit ihren Maschinengewehren, Flugzeugen und chemischen Kriegsmitteln ohnehin überlegen wären. Was wir heute brauchen, das sind *die geistigen Kräfte der Menschen, die diese Waffen handhaben sollen*, das ist die Umstellung des sozialen Denkens, die nicht durch bewaffnete Schutzkorps herbeigeführt werden kann.

In klarer Erkenntnis dieser Tatsachen hat sich der Parteitag der bernischen Sozialdemokratie bewußt zu der taktischen Formel bekannt: *Weder Provokation noch Kapitulation!* Weder Provokation, auf die die Scharfmacher im gegnerischen Lager heute warten und die ihnen den willkommenen Anlaß zur Zerschlagung der Volksrechte und der Arbeiterbewegung bieten würde, noch Kapitulation, die durch ihre Anpassungsversuche die moralische Kraft der Arbeiterklasse schädigen, ihren Kampfwillen und ihren Glauben an den Sozialismus beeinträchtigen müßte. Die Arbeiterbewegung darf weder durch die Provokation gewaltsamer Auseinandersetzungen ihre bisherigen Machtpositionen gefährden, noch durch Verbürgerlichung ihres Denkens die Ziele des Sozialismus opfern.

Wie aber soll denn die Verteidigung der Volksrechte erfolgen?

Jeder Kampf für die Verteidigung der Volksrechte ist heute zwangsläufig ein Kampf gegen die faschistischen Strömungen. Demokratie gegen Faschismus! Aber das ist nur die halbe Wahrheit, und sie genügt nicht. Der Faschismus selbst ist *Symptom* einer tiefer liegenden Ursache. Der Faschismus ist der Ausdruck des Niedergangs der kapitalistischen Wirtschaft. Er knüpft an das mit jedem Tag der Krise sich verstärkende Bedürfnis nach einem *Neuaufbau der Wirtschaft*. Dieses Bedürfnis kennzeichnet heute die Mittelstandsbewegung wie die geistigen Strömungen des intellektuellen Proletariats. Mit der Forderung auf Wahrung der demokratischen Rechte wird dieses Bedürfnis nicht befriedigt. *Beschränkt sich die Sozialdemokratie auf diese Formel, so vernachlässigt sie den wichtigsten Teil der antifaschistischen Aktion und überläßt die Befriedigung des erwähnten gesellschaftlichen Bedürfnisses den Fronten und den faschistischen Strömungen.*

Hier liegt die Aufgabe der sozialistischen Politik und Taktik. Was Mittelstand, intellektuelle Proletarier, Fronten und Faschisten erstreben, das sind wirtschaftliche und gesellschaftliche *Scheinlösungen*. Sie suchen keine Gesamtlösung des Problems. Wenn sie von Volksgemeinschaft reden, meinen sie die Interessen der hinter ihnen stehenden Schichten. So kommen sie in diesen Scheinlösungen zur Belastung anderer, ohnehin schon notleidender Volksschichten. Was ihnen vorschwebt, das ist nicht die Lösung des wichtigen Arbeitslosenproblems. Was sie wollen, ist die bloße Umschichtung der Arbeitslosigkeit. Wer heute weder Arbeit noch Brot hat, soll sie morgen haben, wer heute in Arbeit steht, soll morgen von seinem Platz verdrängt werden. Das ist der gleiche Vorgang wie in Deutschland. Vom gesamtschweizerischen

Standpunkt aus aber lautet die Frage nicht: Wie helfen wir dem Mittelstand, wie helfen wir dieser oder jener Bevölkerungsschicht? *Die Lebensfrage, um die es geht, ist: Wie ernähren und beschäftigen wir dauernd und ausreichend die vier Millionen Menschen des Landes?*

Durch diese Problemstellung wird der Sozialismus gerade heute immer mehr zur Gegenwartsaufgabe. *Nicht weniger, mehr Sozialismus ist die Losung*, weil nur er befähigt ist, das Gesamtproblem zu lösen. Daraus aber folgt, daß wir stärker als je unsere grundsätzlichen Forderungen der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Steuerwesens in den Vordergrund zu stellen haben, mehr als je die Mitverantwortung an den aus dem kapitalistischen Niedergang folgenden Handlungen der bürgerlichen Politik abzulehnen haben, mehr als je zeigen müssen, daß die Fronten zwar zu vielen bürgerlichen Parteien in Opposition stehen, daß sie aber von diesen Parteien in keiner Weise wesensverschieden sind.

Die wirklichen Erneuerer des Landes, das sind nicht die Fronten und ihre Anhängsel, das sind nicht die Strömungen, die auf den Kapitalismus schimpfen und ihn gleichzeitig mit aller Macht verteidigen. *Die wirklichen Erneuerer sind die Sozialdemokraten*, die seit dem Bestehen ihrer Bewegung für die gesellschaftliche Erneuerung kämpften und deren letztes Ziel die Umgestaltung der Gesellschaft und Wirtschaft und damit die Wahrung des allgemeinen Volksinteresses und der menschlichen Solidarität ist.

Soll aber die Sozialdemokratie auf dieser Grundlage — der einzigen, die auf die Dauer erfolgverheißend ist — den Kampf gegen die faschistischen Bewegungen führen, dann muß sie eine klare, den Massen verständliche Politik und Taktik führen, ihre Fahne nicht aus Angst vor dem Gegner einrollen, die grundsätzlichen Forderungen mit Entschiedenheit und Energie vertreten.

Auf diese Weise wird sich die Partei die Begeisterungsfähigkeit ihrer Anhänger erhalten, das Vertrauen der Massen in die Arbeiterbewegung stärken und der Jugend ein Kampfziel geben, das sie von dem Abgleiten in ein wildes Abenteuerium behütet und sie zu klassenbewußten Kämpfern macht. *Von diesen Faktoren aber hängt das Sein oder Nichtsein der Sozialdemokratie und ihrer Zukunft ab.*

---

## Kreditpolitik zur Zeit der Wirtschaftskrise

Von Robert Bolz.

An der Jahresversammlung der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft in Winterthur gab ein Bankdirektor der »übertriebenen Sozialpolitik« schuld an der Krise.

Die mit dem Auslandgeschäft stark verbundene und deshalb von der Krise auch dementsprechend heimgesuchte Stadt Winterthur verhandelte vor einiger Zeit mit der Schweizerischen Bankgesellschaft wegen der Placierung einer Anleihe. Das geschah, nachdem die Ge-